

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen

Fachkräftesicherung in der Altenpflege

Auf dem Arbeitsmarkt ist die Nachfrage nach Pflegefachkräften seit Jahren hoch, und offene Stellen im Gesundheitssektor lassen sich zunehmend schwerer besetzen. Gleichzeitig nimmt die Zahl der Pflegebedürftigen zu. Verschiedene Prognosen zum Bedarf gehen alle in die gleiche Richtung: Es wird einen zusätzlichen Bedarf an Pflegekräften geben, nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung aus dem Jahr 2012 liegt er bei rund einer halben Million bis zum Jahr 2030. Für Bremen ergibt sich daraus ein rechnerischer Bedarf von über 4.000 zusätzlichen Pflegekräften, sowohl in der Altenpflege als auch in der Krankenpflege, sowohl Helfer-, wie auch Fachkräfte. Ausgeschriebene Stellen in der Altenpflege auf dem ersten Arbeitsmarkt werden durchschnittlich erst nach über 180 Tagen besetzt.

Die Zahl der Erstausbildungsplätze für AltenpflegerInnen beträgt zurzeit in Bremen 250. Leider können mangels Nachfrage nicht alle diese Plätze besetzt werden. Hinzukommen Umschulungen des Job-Centers, in denen ca. 40 Auszubildende qualifiziert werden. Eine reine mit Haushaltsmitteln finanzierte Erhöhung der Erstausbildungsplätze scheint zurzeit nicht geeignet die Fachkräftemangel entgegenzuwirken, da es zu wenig Nachfrage für diese Ausbildungsplätze gibt.

Mit dem im Haushalt eingestellten Geld soll der Senat in die Lage versetzt werden, entweder ein Sonderprogramm zur Altenpflege für in den Arbeitsmarkt zu integrierenden besondere Gruppen aufzulegen oder im Rahmen der Bremer- Pflegeinitiative begleitende Maßnahmen durchzuführen, um die vorhandenen Plätze vollständig zu besetzen.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Der Senat wird aufgefordert,

1. Ein Sonderprogramm zum Qualifikationserwerb in der Altenpflege für besondere, in den Arbeitsmarkt zu integrierende Gruppen (Langzeitarbeitslose, Geflüchtete, Alleinerziehende) zu prüfen und im Erfolgsfall zu konzeptionieren und durchzuführen,
2. hilfsweise im Rahmen der Bremer Pflegeinitiative begleitende Maßnahmen durchzuführen, um die vorhandenen Plätze vollständig zu besetzen,

3. bei einer über das vorhandene Platzangebot hinaus gehenden Nachfrage die Platzzahl entsprechend zu erhöhen und
4. regelmäßig in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen und in der Deputation für Soziales, Jugend, Frauen, Integration über den Fortgang des Projektes zu berichten.

Sybille Bösch, Klaus Möhle, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Henrike Müller, Sahhanim Görgü-Philipp, Dr. Maike Schaefer
und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen